



Dublin, 14. Juli 2011

Erklärung der Europäischen Kommission, der EZB und des IWF zur gemeinsamen Prüfung Irlands

Mitarbeiter der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) kamen vom 6. bis zum 14. Juli in Dublin zur regelmäßigen vierteljährlichen Prüfung des Wirtschaftsprogramms der irischen Regierung zusammen. Ziel des Programms ist es, Schwächen im Finanzsektor zu beheben und die irische Volkswirtschaft auf den Weg hin zu nachhaltigem Wachstum, soliden öffentlichen Finanzen und der Schaffung von Arbeitsplätzen zu bringen, während gleichzeitig der Schutz der Armen und sozial Schwächsten gewährleistet wird.

Der Beurteilung des Mitarbeiterstabs zufolge **verläuft das Programm planmäßig und ist hinreichend finanziert**. Die Behörden haben die im Rahmen des Programms vorgesehenen Maßnahmen weiterhin entschlossen umgesetzt. Die Spannungen an den Staatsanleihemärkten haben sich während der Prüfung zwar verstärkt, durch die Finanzierung des Programms werden aber die Auswirkungen dieses Schocks auf die Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen Irlands gedämpft. Eine fortgesetzte entschiedene Umsetzung der Maßnahmen ist zur Eindämmung möglicher Ansteckungseffekte von Bedeutung.

Die **jüngste Entwicklung** steht im Einklang mit einer Rückkehr zu einem positiven Wachstum im Jahr 2011. Das reale BIP stabilisierte sich im Zwölfmonatszeitraum bis zum ersten Quartal, und für das laufende Jahr wird mit einem verhaltenen Wachstum gerechnet. Den Erwartungen zufolge wird die Erholung nach wie vor vom regen Exportgeschäft getragen, gestützt durch Fortschritte bei der Wiederherstellung der eingebüßten Wettbewerbsfähigkeit, wenngleich die Inlandsnachfrage weiterhin nachlässt. Das Wachstum dürfte im kommenden Jahr und darüber hinaus zunehmen, wenn die konjunkturelle Erholung an Breite gewinnt und sich auch am Arbeitsmarkt bemerkbar macht.

Um die solide Funktionsfähigkeit des **Bankensektors** wiederherzustellen, werden derzeit Reformen durchgeführt. Die Restrukturierung der Banken erfolgt schneller als geplant. So ist der Zusammenschluss von Allied Irish Banks mit EBS Building Society und von Anglo Irish Bank mit INBS bereits zum Abschluss gebracht worden. Die Erneuerung der Aufsichts- und Geschäftsführungsorgane der Banken ist im Gange, und die Rekapitalisierung von Banken, die sich in inländischem Besitz befinden, dürfte gegen Ende Juli abgeschlossen sein, wobei die fiskalischen Kosten durch eine Lastenteilung mit Inhabern nachrangiger Schuldtitel reduziert werden. Beim Abbau des Verschuldungsgrads der Banken sind Fortschritte zu verzeichnen,

sodass ein kleineres und robusteres System geschaffen wird, ohne dass es zu Notverkäufen kommt.

Was die **Finanzpolitik** anbelangt, so lag das über die ersten sechs Monate des Jahres kumulierte Defizit deutlich unterhalb der vom Programm vorgesehenen Grenze. Den Prognosen zufolge wird sich das Haushaltsdefizit im Gesamtjahr 2011 auf weniger als 10 ½ % des BIP belaufen. Die Regierung hat den Irish Fiscal Advisory Council geschaffen und ermöglicht so eine unabhängige Beurteilung der öffentlichen Finanzen. Noch in diesem Jahr werden die Behörden einen mittelfristigen Plan zur Haushaltskonsolidierung für 2012 bis 2015 vorlegen, in dem die Anpassung von Einnahmen und Ausgaben festgelegt wird, die erforderlich ist, um 2015 ein Defizit von weniger als 3 % des BIP zu erreichen. Dabei werden die Ergebnisse der laufenden umfassenden Prüfung der Ausgaben zugrunde gelegt.

Die Behörden treiben gegenwärtig **gezielte Strukturreformen** voran. Um die Schaffung von Arbeitsplätzen zu forcieren, arbeitet die Regierung zusammen mit den Sozialpartnern an der Entwicklung von Reformplänen für die Tarifvereinbarungen jener Sektoren, in denen die Arbeitslosigkeit tendenziell hoch ist. Die Regierung plant zudem, durch Gesetzesänderungen Beschränkungen des Handels und des Wettbewerbs in geschützten Wirtschaftsbereichen, einschließlich des Anwaltstands, der Gesundheitsdienste und der pharmazeutischen Berufe, zu beseitigen, um die Kosten zu senken und die Kaufkraft zu stärken.

Das staatliche Programm wird durch Kredite der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten in Höhe von 45,0 Mrd € sowie eine [Erweiterte Fondsfazilität](#) des IWF im Umfang von 22,5 Mrd € gefördert. Der irische Beitrag beläuft sich auf 17,5 Mrd €. Durch die Verabschiedung der Ergebnisse dieser gemeinsamen Prüfung wird in diesem Quartal der Weg für die Auszahlung von 4,0 Mrd € (2,5 Mrd € von der EU und 1,5 Mrd € vom IWF) freigemacht werden. Außerdem sollen im Rahmen eines bilateralen Kredits des Vereinigten Königreichs im dritten Quartal zusätzliche Mittel im Umfang von 0,5 Mrd € zur Verfügung gestellt werden. Die nächste Prüfung des Programms ist für Oktober 2011 vorgesehen.

Ansprechpersonen:

Europäische Kommission

Amadeu Altafaj Tardio

Tel.: +32 498 952658

E-Mail: Amadeu.ALTAFAJ-Tardio@ec.europa.eu

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Olga Stankova

Tel.: +1 202 651 1664

E-Mail: ostantkova@imf.org

Europäische Zentralbank (EZB)

William Lielieveldt

Tel.: +49 1702279090

E-Mail: william.lielieveldt@ecb.europa.eu